

gewiß dem neuen Staatssekretär von Stengel die Zunge etwas gelöst werden, damit man mehr erfährt in dieser Sache.

— Ein Hindernis für den Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages liegt nach dem „deutsch-russischen Voten“ in der deutschen Viehleuhngesetzgebung und den deutschen Abstimmungsmäßigkeiten. Die russischen Unterhändler suchen hier Erleichterungen für die Einführung des Viehs zu erreichen, denen sich Deutschland mit allem Recht widersetzt, da die Einschleppung von Viehleuhnen eine weit schlimmere Wirkung für Deutschland hat, als ein Wijahr der Ernte. Dank der guten Durchführung der Viehleuhngesetzgebung ist Deutschland sehr seufzerein geworden; eineöffnung der Grenzen ohne die schärfsten Kontrollmaßregeln würde den umgekehrten Zustand herbeiführen. Angesichts dieser Sachlage ist ganz unerläßlich, wenn sich deutsche Blätter dazu erniedrigen können, auch hier den Anwalt Russlands zu machen; so schreibt das „Vorl. Tgl.“ (Nr. 605): „Selbstverständlich ist, daß die deutsche Reichsregierung ihre veterinär-polizeilichen Gesetze und Ausführungen nicht bis zu einem solchen Grade überspannen darf, daß dabei nicht sowohl die öffentliche Gesundheitspflege, als vielmehr ausschließlich die heimischen Viehmäster und Viehzüchter ihre Rechnung finden. Unter der Adresse „Augsburg“ wird hente leider zu oft bei uns einseitig agrarische Interessenpolitik gefordert. Darunter leidet die Volksnahrung in einem Reich wie Deutschland auf das Empfindlichste. Liegt der Reichsregierung im Erste daran, die Verhandlungen mit Russland zu einem gebedlichen Ende zu führen, dann darf eben die Veterinärfrage nicht in den alles beherrschenden Mittelpunkt gerückt werden. Zum Glück für Deutschland haben solche Anschaunungen keinen Einfluß bei der Regierung; ein Nachgeben Deutschlands in der „Veterinärfrage“ schädigt den deutschen Viehzüchter wie den deutschen Fleischkonsumenten, da mit der Einschleppung von Seuchen der heimische Markt fast aufhört, somit die Preise steigen, was allein den Händlern den Profit in die Tasche jagt. Der Reichstag wird somit im Interesse der Gesamtheit gerade auf die Veterinärfrage sehr großes Gewicht legen.“

Bei der gestrigen Reichstagswahl im Wahlkreis Goldap-Stallupönen-Darkehnen wurde an Stelle des verstorbenen Abg. v. Sverber Regierungsrat Kreth (konf.) mit großer Stimmenmehrheit gewählt.

Die Seelsorge der deutschen Katholiken im Osten. Die preußische Regierung sucht nun auf einem neuen Wege ihre Polenpolitik in ein besseres Geleis zu bringen. Die seitlichen Gewaltmaßregeln wie die staatliche Subvention durch Zulagen, Anstelzungsfonds usw. haben gar keinen Erfolg gehabt. Das Schulwesen soll nach liberalen Rezepten dem Deutschtum im Osten neue Siege bereiten, doch sind die seitlichen Resultate gar nicht befriedigend. Nun versucht die Regierung ein anderes Mittel: wie nämlich die „Kreuztg.“ erfährt, hat der neue Oberpräsident von Posen an die „oberste katholische Kirchenbehörde“, also wohl an den Erzbischof von Posen-Gnesen, ein Schreiben gerichtet, in welchem er dieselbe erachtet, daß die Sorge tragen zu wollen, daß in den nationalgesintischen Gemeinden mindestens alle 3 Monate deutscher Gottesdienst gehalten werde. Wenn es sich hier um Gemeinden handelt, in denen deutsche Katholiken in erheblicher Zahl wohnen, so wird man diesen Schritt nur unterstützen müssen, wenn man nicht der Verwunderung Ausdruck verleihen will, daß es hierzu erst der Anteilung der Regierung bedürfe. Die deutschen Katholiken sollen sich selbst führen und die betreffenden Ordinariate werden genügend solchen Wünschen entsprechen. Man denke nur daran, daß die Berliner polnischen Katholiken ganz anders Ansprüche stellen. Wir zweifeln auch nicht, daß ein Teil derselben ihnen erfüllt wird, insofern eine gebedliche Seelsorge polnischen Gottesdienst erhebt. Andererseits aber wissen wir auch, daß auf das übertriebene Nationalgefühl sich führende Forderungen nicht gebilligt werden. Der katholische Standpunkt ist der, daß die religiösen Bedürfnisse aller Gläubigen nach Tunitlichkeit befriedigt werden müssen. Andererseits kann dem nationalen Luxus oder der Eingherzigkeit in katholischen Kirchen kein Raum gelassen werden. Das diene zur Ergänzung unserer Notiz in Nr. 267, worin die polnischen Wünsche in Berlin angeführt wurden.

Auf Grund dieser echt katholischen Auffassung bemühen sich die Ordinariate auch in Süddeutschland für die italienischen Arbeiter regelmäßige Gottesdienste einzurichten und keine Kosten hierfür zu scheuen. Es ist aber auch die religiöse Fürsorge für die deutschen Katholiken nicht minder nötig, sonst erleidet der Katholizismus im Osten tiefe Verluste durch Missereien und Indifferenzismus.

Ein arges Stückchen amtlicher Wahlbeeinflussung bringt „Dienstnik Rujawski“. Es veröffentlicht einen Erlass des Regierungspräsidenten von Bromberg, in welchem die Beamten aufgefordert werden sollten, im nationalen Sinne zu wählen, um den Sieg des polnischen Kandidaten in den Landtag zu verhindern. Dieser Erlass wurde allen Beamten überbracht, und sie mußten ihren Namen darunter setzen. Sollte sich die Witterung bewähren, so müßte das die Ungültigkeitserklärung aller nicht polnischen Mandate im Regierungsbezirk wegen amtlicher Wahlbeeinflussung zur Folge haben.

Der Militäretat fordert für 180 Oberleutnantstellen ein auf 7200 M. erhöhtes Gehalt; diese Erhöhung war schon im letzten Etat enthalten, wurde aber im Reichstage abgelehnt. Die Unteroffizierstellen sollen vermehrt und verbessert werden; die Begründung hierfür fällt nicht schwer; selbst der „Vorwärts“ erkennt, „daß die Lage der jetzigen Unteroffiziere keine glänzende ist“; aber er lehnt „diesem System“ gegenüber jeden „Mann und Groschen“ ab. Eine höchst unfreundliche Aufnahme wird die gewöhnliche Ostmarkenzulage in den gemischtsprachigen Provinzen für die mittleren und unteren Militärbeamten wie für die Unteroffiziere finden. Nachdem Preußen auf diesem Gebiete politischen Bankrott gemacht hat, liegt für das Reich doppelt kein Grund vor, die preußische Polenpolitik zu unterstützen durch die Einführung solcher demoralisierend wirkender Zulagen.

Der badische Landtag ist gestern feierlich eröffnet worden. Die Parteiliste ist nahezu dieselbe wie im vorherigen; das Zentrum hat mit 23 Abgeordneten An-

spruch auf die Stelle des ersten Vizepräsidenten. Aus der Thronrede ist zu entnehmen, daß der Etat einen Fehlbetrag von 11 Millionen aufweist, die teilweise durch Erhöhung der Einkommen- und Kapitalrentensteuer gedeckt werden sollen, ein sehr unliebbares Weihnachtsgeschenk für Baden. Über die Reichsfinanzreform ist nur gesagt: „Begrüßlich des finanziellen Verhältnisses der Einzelstaaten zum Reich wird die Regierung es sich angelegen sein lassen, diejenigen Maßnahmen der Reichsleitung zu unterstützen, welche geeignet sind, das Reich für seine finanziellen Aufgaben leistungsfähig zu machen und welche zugleich verbürgen, daß den Einzelstaaten die Durchführung ihrer Kulturaufgaben nicht erschwert werde.“ Der wichtigste Punkt in der Thronrede liegt in der Ankündigung eines Gesetzentwurfs über die Änderung des Landtagswahlverfahrens. Danach soll die Wahl zur Zweiten Kammer künftig auf der Grundlage des allgemeinen gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrechts stattfinden. Gleichzeitig soll die Mitgliederzahl der Ersten Kammer durch gewählte Vertreter der wirtschaftlichen Berufsvereinigungen und durch einzelne bei der Leitung der kommunalen Selbstverwaltung bewährte Männer vermehrt und die Einwirkung der Ersten Kammer auf die Geschäfte des Staates unter Aufrechterhaltung der bevorrechtigten Stellung des anderen Hauses angemessen verstärkt werden. Die Einführung des Reichstagswahlrechts ist ein großer Erfolg der Zentrumsparthei in Baden, die diese Partei seit Jahren versuchten hat; der aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretene Abgeordnete Bader darf sich Herzlich ob dieses Sieges über die so lange widerstreitenden Nationalliberalen freuen. Nachdem Bayern und Württemberg eine Barenhausersteuer eingeführt haben, will nun Baden auch nachfolgen und diese den Gemeinden überlassen.

— Katholisch-polnische Arbeitervereine. Rummelsburg ist auch zwischen den polnischen Arbeitervereinen Oberschlesiens eine politische Scheidung erfolgt. In Katowitz wurde ein Verband katholisch-polnischer Arbeitervereine Oberschlesiens unter Führung des Pfarrers Stephan gegründet. Die einzelnen Vereine sollen unter Leitung der Ortsgeistlichen stehen und haben mit der „Katolik“-Bildung „Verein gegenwärtiger Hilfe“ nichts gemein. Der neue Verein will sich ein eigenes Organ gründen.

— Die Eisenbahnsfrage taucht immer wieder in den einzelausländischen Parlamenten auf. Im württembergischen Landtage fand im letzten Sommer eine sehr eingehende Debatte über die gegenwärtigen Schikanierungen einzelner Bahnenverwaltungen statt; vom Reich wurde Abhilfe gefordert; eine nicht zu unterschätzende Strömung im Lande will aber sofort sich der preußisch-hessischen Gemeinschaft anschließen, was die Regierung ablehnt. Die sächsische Regierung scheint auf denselben Boden zu stehen; unser Finanzminister hat sich am Montag sehr scharf gegen einen Anschluß an das preußische Netz ausgesprochen. In der baptistischen Reichsratskammer erhob an denselben Tage Prinz Ludwig, der künftige Thronfolger, seine Stimme, um die Einzelstaaten zu ersuchen, die gegenwärtige scharfe Konkurrenz zu mildern. Wenn Bayern damit den Anfang macht, ist gerade für Süddeutschland sehr viel gewonnen.

Oesterreich-Ungarn.

— Im österreichischen Abgeordnetenkampe erklärte Dr. Schatta, die Deutschen seien zu einem Waffenstillstand geeignet unter Wahrung ihres Besitzstandes. Die von den Slowenen vorgebrachten Klagen seien zumeist unbegründet. Redner besorgt von der ungarischen Auslegung der Ausgleichsgekte eine Teilung der Armee und gefährliche Konsequenzen für das Institut der Delegationen sowie für den Ausgleich. Straßburg kritisiert das Verhalten der Regierung gegenüber den kulturellen Forderungen des tschechischen Volkes und wendet sich gegen den Widerstand der Deutschen gegen die Errichtung tschechischer, slowenischer und italienischer Universitäten. Nur in der Gleichberechtigung der Nationalitäten liege die Zukunft Österreichs.

Norwegen.

— Der Verfassungsausschuß des Storting empfahl einstimmig, den Grundgesetzesvorschlag betreffend das staatsbürgliche Stimmrecht für Frauen zu verwirken, sowohl weil man zu wenig Erfahrung bezüglich der Wirkungen des kommunalen Stimmrechts der Frauen gewonnen habe, als auch weil die Forderung noch nicht unter den Stimmberechtigten derartige Unterstützung gefunden habe, daß die Zeit für eine solche Erweiterung des Stimmrechts als gekommen erscheine.

Türkei.

— Die österreichische und russische Botschaft haben die Vorschläge zur Durchführung der ersten zwei Punkte der Reformnote vom 22. Oktober unter Zugabe einiger Konzilien festgestellt. Sie betreffen die Vertretung der beiden Mächte beim Generalinspektor der mazedonischen Provinzen und die Neugestaltung der Gendarmerie. Ein türkischer Ausschuss unter Vorsitz des Marshalls Sefi Pascha und mit Alexander Karatheodor und Tewlik Pascha als Mitgliedern hat die Vorschläge zu prüfen und eine Einigung herbeizuführen. Der frühere erste Dragoman der österreichischen Botschaft Pototsch, der jetzt im Ministerium des Außenfern in Wien beschäftigt ist und der Abteilungschef Hartwig in Petersburg sollen als Vertreter in den Provinzen in Aussicht genommen sein.

Sächsischer Landtag.

Dresden, den 1. Dezember 1908.

Zweite Kammer. Auf die gestrige Ouverture der Etat-Debatte in der zweiten Kammer folgte heute der erste Akt. Vorerst aber ging noch ein Vorspiel in Szene, das mit der folgenden Handlung nur in losem Zusammenhang steht, nämlich die Beratung über die von 81 Abgeordneten (mit Ausnahme des Abg. Günther) unterzeichnete und an den König zu richtende Loyalitäts-Adresse. Die Sitzung eröffnete der Präsident Hofrat Dr. Wehnert um 10 Uhr vormittags. Nach Vortrag der Registrare wird in die Tagesordnung eingetreten. Den ersten Punkt derselben bildete die Ergebnissadresse an den König. Vizepräsident Opitz beantragt, von der Wahl eines Referenten und Korreferenten Abstand zu nehmen. Abg. Günther erklärt, es sei in allen parlamentarischen Korporationen Brauch, daß man auf die Thronrede des Regenten anders ant-

worte, als es in dem vorliegenden Adressentwurf geschehe. Er könne sich der Adresse in dieser Form nicht anschließen. In der Adresse werde auf eine allgemeine regenstreiche Tätigkeit Bezug genommen. Die Tätigkeit der konservativen Wehrheit habe er aber bekämpft. So halte er das bestehende Klassenwahlrecht, die hohen Anforderungen an die Steuerleistung usw. für ein bedauerliches Unrecht. Er hätte erwartet, daß in der Adresse die Wünsche und Beschwerden des Volkes zum Ausdruck gelangen. Deshalb habe er abgelehnt, die Adresse, zu deren Beratung er nicht beigezogen wurde, zu unterzeichnen. — Vizepräsident Dr. Schill entgegnet, es sei gerade die Absicht gewesen, daß Eingehen auf einzelne politische Akte zu vermeiden und die politische Tätigkeit unerwähnt zu lassen, da es sich um einen Akt der Loyalität und herzlicher Teilnahme an dem das Königshaus betroffenen Wohlgeschick handle. Er müsse es dem Vortredner überlassen, wie er den ersten Teil seiner Erklärung mit dem zweiten Teile derselben in Einstlang bringe. Der Adress-Entwurf wird hierauf mit allen übrigen gegen die Stimme des Abg. Günther angenommen. Da die Adressdeputation aus dem Präsidenten als Vorsitzenden und 5 Mitgliedern des Hauses zu bestehen hat, werden die Abg. Rietzammer, Sekretär Ahnert, Gräfe, Wittig und Hartwig als Mitglieder ausgelost. — Bei der Wahl der Adressdeputation ereignete sich ein heiterer Zwischenfall. Als nämlich der Präsident, Hofrat Dr. Wehnert mitteilte, daß er die Namen sämtlicher Abgeordneten, mit Ausnahme der durch Krankheit entschuldigten, auf Zettel habe schreiben sollen, um die Namen jener fünf Abgeordneten, die ihn zum König begleiten sollen, durch das Los zu bestimmen, und der Zettel „Günther!“ fiel, schüttelte der Präsident das Haupt und erklärte: „Wenn der Abg. Günther gewählt wird, dann gehört er auch der Deputation an.“ Bei Fortsetzung der Etat-Debatte verließ der Präsident den Sitzungssaal und übergab den Vorsitz dem Vizepräsidenten Dr. Schill, dessen Platz hierauf zum erstenmale der zweite Vizepräsident Opitz einnahm.

Staatsminister Dr. Otto ergreift das Wort, um auf einige Punkte, bezüglich derer Abg. Schick in seiner gestrigen Rede Auskunft wünschte, zu reagieren. Die erste Klage sei die gewesen, daß der Verwaltungsdienst allzusehr mit schematischen Arbeiten ausgefüllt werde. In dieser Angelegenheit sei im Justizministerium bereits ein Entwurf einer Verordnung vorbereitet, welcher etwa bis zum 1. Februar 1904 veröffentlicht werden dürste, nachdem er von den Ministern geprüft sein werde. Aber auch dieser werde seine gründliche Aufräumung der in dieser Hinsicht geäußerten Wünsche und Beschwerden zur Folge haben, und auch in Zukunft werden sich die Referendare mit etwas mehr schematischen Arbeiten beschäftigen müssen. Es müßten sonst mehr Verwaltungsbeamte angestellt werden, was den Etat erhöhen würde. Oder man hätte müssen die Remunerationen einzuziehen. Durch diese jedoch wird der Zugang in die juristische Beamenschaft aus mittleren und kleineren Kreisen erhalten. Dieser Zugang sei aber sehr heilsam und sehr dienlich. Die Klagen über unvollständliche Aussprüche gewinnen immer breiteren Raum, durch einen Zugang aus Kreisen, die dem tiefer stehenden Volke näher stehen, werde aber der Zugang und die Fühlung mit jenen Kreisen aufrecht erhalten, die ebenfalls in der richterlichen Karriere berücksichtigt werden. Deshalb möge man es in dieser Beziehung vorläufig beim Alten bleiben lassen. Betreffend die vom Abg. Schick erwähnte Verlangsamung des Assessoren-Exams erklärt der Minister, daß man seitens des Ministeriums eifrig bestrebt sei, den bestehenden Uebelständen abzuholzen. Es müsse versucht werden, mit den zu Gebote stehenden schwachen Mitteln das Nötige zu tun. Er hofft, daß über kurz oder lang die Uebelstände verschwinden werden. Bezuglich der vom Abg. Schick geringen mangelhaften Wahrung der Hypothekenbücher bei den Amtsgerichten verweist er auf die bereits bei 30 sächsischen Amtsgerichten bestehenden musterhaften Einrichtungen, wie sie anderen Staaten noch fehlen und auf welche bei Neubauten von Amtsgebäuden ebenfalls Bedacht genommen werden wird.

Abg. Hänel stellt den Antrag, den 1. Rechenschaftsbericht auf die Finanzperiode 1900/01 und desgleichen den Finanzbericht der Rechenschaftsdeputation und den außerordentlichen Staatshaushaltsetat für die Finanzperiode 1904/05 der Finanzdeputation A zu überweisen. Im Anschluß an diesen Antrag spricht Redner dem Finanzminister den Dank aus. Er hält sich versichert, daß der Minister in der Deputation die weitgehendsten Auskünfte erteilen werde und so bestehende Uebelstände gemeinsam beseitigt werden können. Heute sagte er die Unterstüzung seiner Parteigenossen zu, ferner kommt er auf das Eisenbahnen zu sprechen worauf er gegen den Abgeordneten Günther polemisierte, über die Ergänzungsteuer und die Ortsklassen sich verbreit. Im außerordentlichen Etat habe man sich die größte Beschämung aufgelegt und es handle sich darin zunächst nur um leste Raten und Nachtragsvostulate. Redner und seine Parteigenossen stimmen mit der Tendenz derselben vollkommen überein.

Abg. Dr. Vogel bemängelt in längerer Rede u. a., daß die Königl. Dekrete als geheime Staatsakten behandelt werden so lange, bis die Abgeordneten in das Haus eintraten, und brachte dann unter Heiterkeit des Hauses den Finanzminister in Gegensatz mit seinem Kollegen vom Kultusdepartement. Staatsminister Dr. Rüger hatte in seiner gestrigen Rede ihn (Dr. Vogel) des Mangels an Sparfamulusgefühl gezeigt, weil er vor einigen Tagen den Bau eines neuen Museums als dringende Notwendigkeit gefordert habe. Hierauf antwortete Abg. Dr. Vogel mit dem Nachweis, daß seine Forderung vom Kultusminister gestellt worden sei.

Abg. Andra rügte den allzugroßen Hochwildstand in den Staatsforsten, sowie auch die ganze Höhe der Jagdzumme. Ferner bemängelte er die Errichtung der Wagen der Schmalspurbahnen, die für ein Zwergengeschlecht, nicht aber für ausgewachsene Germanen geschaffen seien.

Abg. Gräfe verwahrt seine Partei gegen den Vorschlag des Abg. Opitz in seiner gestrigen Rede, daß neben einer Partei, welche nicht mehr im Hause vertreten ist, auch von Seite der Vintsliberalen die Unzufriedenheit im Lande geweckt sei.

gerade geschehe.
nicht anstreben.
der konser-
vative Partei
hatte er das
Beratungen an
es Unrecht.
lünische und
angen. Des-
en Beratung
— Oberpräsi-
dente Absicht ge-
steht zu ver-
schiedener Teil-
zeitlichkeit
lassen, wie er
zweiten Teile
entwurf wird
ne des Abg-
ion aus dem
en des Hauses
er, Sekretär
s Mitglieder
ion ereignete
er Präsident,
Ramen süm-
ich Krankheit
len, um die
im König be-
nd der Kuruf
Haupt und
ird, dann ge-
Orthezung der
ungsraum und
Schill, dessen
Vizepräsident
dort, um auf
in seiner
nen. Die erste
ienst allzusehr
In dieser
ein Entwurf
is zum 1. Fe-
chdem er von
dieser werde
hinsicht ge-
e haben, und
ce mit etwas
nissen. Es
stellt werden,
hätte müssen
jedoch wird
aus mittleren
sei aber sehr
ein unvollständi-
Raum, durch
ehenden Volle
die Fühlung
enfalls in der
Deshalb möge
Alten bleiben
erwähnte Ver-
der Minister,
irig bestrebt
n. Es müsse
den schwachen
über kurz oder
Bezuglich der
Erweiterung der
weist er auf die
henden muster-
en noch fehlen
uden ebenfalls.
Rechenschafts-
weggleichen den
ab den außer-
Finanzperiode
welten. Im
dem Finanz-
dient, dass der
seinen Auskünfte
ende gemeinsam
auf das Eisen-
Abgeordneten
steuer und die
lichen Stat habe
und es handle
und Nachtrags-
stimmen mit
ter Rede u. a.,
akten behandelt
das Haus ein-
des Hauses den
Kollegen vom
äliger hatte in
einem Mängel an
einigen Lagen
die Notwendig-
ig. Dr. Vogel
Kultusminister
ochwoldstand in
höhe der Nach-
ung der Wagen
ngegeschlecht, nicht
an sein.
gegen den Vor-
siede, dass neben
treten ist, auch
heit im Lande

geweckt worden sei; und erklärt, dass dies weit mehr von-
seiten der Konservativen geschehen sei. Er bestreit sich ferner
über den Steuervertrag mit Österreich, nach welchem die
Einkommensteuer dort zu entrichten ist, wo der zur Steuer
herangezogene wohnhaft ist, sodass hierdurch besonders die
sächsischen Grenzgemeinden hart betroffen würden. Diesem
Vorwurf gegenüber trat Ministerialrat v. Schröder sehr
warm für den Steuervertrag mit Österreich ein. — Die
Staatsdebatte wird morgen, Mittwoch, fortgesetzt.

Erste Sitzung am 1. Die Sitzung wurde um 1/4 Uhr
vom Präsidenten Grafen Dr. v. Könneritz eröffnet. Er
hat der Freude und Genugtuung darüber Ausdruck, dass
Se. Königl. Hoheit der Kronprinz im Hause erschienen sei
und seinen Platz eingenommen habe, weshalb er die Hoffnung
ausdrückt, dass Se. Königl. Hoheit den Traditionen
seines Königl. Herrn Großvaters und Königl. Herrn Vaters
folgen möge. Nach Bekanntgabe der Registrierte — darunter die Petition der katholischen Schulvorstände u. welche
verteilt wird — gab der Präsident bekannt, dass die Adresse
an den König ver�ügt auf die Tagesordnung gelegt worden
sei, weshalb die nachträgliche Genehmigung der Regierung und
des Hauses einzuhören wäre, was hierauf geschah. Ober-
bürgermeister Beutler hat nach kurzer Einspeilung der
Adresse, von einer Debatte über dieselbe Abstand zu nehmen,
worauf die Adresse einstimmig genehmigt und das Präsidium
selbst als Deputation bestimmt wurde. Die Wahl von
2 Mitgliedern und 2 Stellvertretern in die Brandversicherungs-
kommission erfolgte durch Zuruf, und zwar wurden
zu Mitgliedern Donat v. Trübsäler, Oberbürgermeister
Dr. Beck und zu Stellvertretern Dr. v. Bäthner und Ober-
bürgermeister Räubler gewählt. — Nächste Sitzung Mittwoch, den 2. Dezember, 12 Uhr mittags. Tagesordnung:
Petitionen.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 2. Dezember 1903.
Se. Majestät der König nahm heute Mittag die
Vorträge der Departementschefs der Königl. Hofstaaten
entgegen und teilte dem Königl. Gesandten in München,
Wirkl. Geh. Rat Freiherrn von Frieden, Egz., Audienz.
Um 1 Uhr empfing Se. Majestät der König eine Ab-
ordnung der beiden hohen Kammer der Ständeversamm-
lung, welche Sr. Majestät die von uns bereits bekannt ge-
gebene Adresse überreichte.

* Heute Abend 6 Uhr, dem Gedenktag der
Schlacht von Billiers, wird Se. Majestät der König mit
dem Offizierkorps seines Schlittenregiments Nr. 108 im
Kino diniert.

* Zur heutigen Tafel bei Ihrer Maj. der Königin-
witwe in Villa Streihen sind mit Einladungen beehrt
worden Ihre Exzellenzen der Königl. Preuß. Gesandte und
bevollmächtigte Minister Wirkl. Geh. Rat Graf v. Dönhoff
und der Russische außerordentliche Gesandte und bevoll-
mächtigte Minister Geh. Rat Baron v. Wrangel mit Ge-
mahlin, der Österreichisch-Ungarische Gesandte und bevoll-
mächtigte Minister Dr. v. Belicz, der Königl. Großbrit.
Ministerpräsident Viscount Haugk und Gemahlin und Ober-
germanmeister Graf v. Wallwih, Egz.

* Anfrage. Allerhöchste Befehle aufzugeben werden am
Königlichen Hofe an dem bevorstehenden Neujahrsstage
Beglückwünschungs-Touren und die Assemblée, am 13. Januar,
3. und 16. Februar 1904 große Hofbälle abgehalten werden,
bei welchen Gelegenheiten Vorstellung angemeldeter Damen
und Herren erfolgen können. Außerdem finden zwei Kammer-
bälle statt, und zwar am 20. Januar und 10. Februar.
Über den Zeitpunkt der übrigen Hoffestlichkeiten sind noch
keine Bestimmungen getroffen.

* Dienstjubiläum. In Ausübung seines Dienstes
feierte Dienstag der Herr Kammerportier Ihrer Majestät
der Königin-Witwe Herr Michael Gläsch sein 30jähriges
Jubiläum. Woge der Jubilar, der sich trotz seiner Zür-
gegenheit der größten Beliebtheit seiner Freundekreise
erfreuen konnte, noch lange denselben, wie auch seinem
Dienste erhalten bleiben.

* Vor der Sammlung der Ortsgesetze usw. aus
der Verwaltung der Stadt ist kürzlich ein viertes Band in
Druck gelegt worden. Als Ergänzung zur gesamten Orts-
gesetzmüll ist gleichzeitig ein Planheft hergestellt worden,
das alle wesentlichen Verlagen der Ortsgesetze, namentlich
alle Bebauungspläne enthält.

* In der Generalversammlung der Kredit-
anstalt für Industrie und Handel in Lübeck erklärten
die Liquidatoren, dass sie Anfang nächsten Jahres etwa
eine halbe Million hereinzubekommen hoffen und die erste
Liquidationsrate mit 7½ Prozent zur Ausschüttung bringen
wollten.

* Gehrei um jeden Preis. Die „Chemn. Allg.
Blg.“ bringt unter der Überschrift: „Die Katholisierung
des Preußischen historischen Instituts in Rom“ einen kurzen
Bericht aus den „Quellen und Forschungen des Königl.
Preußischen historischen Instituts in Rom 1903“, in welchem
further Bericht über die obere Leitung dieses Instituts er-
stattet wird. Danach stellt sich das Kuratorium aus zwei
Protestantinnen und einem Katholiken (Prof. Hertling) zu-
ammen; der wissenschaftliche Beirat besteht aus vier
Protestantinnen und einem Katholiken (Dr. Dittrich aus
Braunsberg). Und das nennt die liebenswürdige Chem-
nitzerin eine Katholisierung des Historischen Instituts!
Wenn die Leser der „Allg. Blg.“ sich mit solchem Unsin
abspielen lassen, dann verdienen sie nichts anderes. Es
kommt aber noch besser. Die „Allgemeine“ führt näm-
lich fort:

„Es ist schon wiederholt gefragt worden, wie es möglich
war, die ultramontanen Abgeordneten v. Hertling und
Dittrich in das Kuratorium und den Beirat des Instituts zu
entenden. Herr v. Hertling ist nicht einmal Preuße, sondern
Bayer und ist dennoch in die Leitung der preußischen Institute
berufen worden. Herr Dittrich vollends ist eine wissenschaft-
liche Null.“

Wie die Katholiken Hertling und Dittrich in das
Historische Institut gekommen sind? Ja nun! Wir meinen,
mit genau denselben Rechten, wie die sechs Protestantinnen
hineingekommen sind. Die „Allg. Blg.“ ist wahrscheinlich
der guten Meinung, in Preußen gäbe es gar keine Katho-
likinnen. Nur auf dieser Grundlage kann man sich ihr naives
Heagen und starkes Erkennen ob der beiden Katholiken im
Historischen Institut erklären. Über Preußen liegt doch nicht

in Ostasien, dass eine solche Ignoranz verzeihlich wäre.
Sollte aber die „Allg. Blg.“ der Ansicht sein, dass trotz
der 1/3 Katholiken zu 2/3 Protestanten in Preußen keine Katho-
likken in das Historische Institut gehören, dann beweist sie
nur, dass sie eine fanatische Katholikenhasserin ist, die selber
der simpelsten Gerechtigkeit sich entzieht, als dass sie einen
Katholiken als gleichberechtigten Staatsbürger ansieht. In
Preußen kommt sie mit solchen Ideen nicht durch. Wenn
nun weiter die „Allgemeine“ den Dr. Dittrich schlankeweg
eine „wissenschaftliche Null“ nennt, so ist das anmaßende
Unart. Wenn sie aber Preußen den Test liest, dass es
einen Bayern in das Institut aufgenommen, so werden
ihre die Preußen die bündige Antwort geben, dass die „All-
gemeine“ das absolut nichts angeht. Neuerst liebens-
würdig sind natürlich die Schlussworte der „Allgemeinen“.
Sie lauten:

„Eine Politik gegen das Zentrum ist in Preußen und im
Reiche aus Zeit ausgeschlossen, deshalb wird mit den Bößen in
vatischen Schauspielen gebaut.“

Gott sei Dank, dass wir das Zentrum haben, sonst
wären wir armen „Wölfe im vatischen Schauspiel“
doch längst zu Schrecken der „Chemn. Allg. Blg.“ und
ihrer Hintermänner herabgedrückt! Das wollen ja die
Herren. Weil sie es aber nicht auf geradem Wege er-
reichen können, wird gehegt und diskreditiert. Oben und
bei den Bernhülfigen findet man kein Gehör, so sucht man
mittels der Zeitungen die evangelischen Massen gegen die
Katholiken aufzuwiegeln, um dann durch das „Volk“ einen
Massendruck nach oben ausführen zu können und auf diesem
Wege zum Ziel zu kommen: Die Katholiken zu entrichten,
zu belästigen.

* Berichtigung. Was wird geschrieben: „In dem Artikel
— Marienthal übertrieben — der Nr. 273 der „Sächs. Volkszeit-
ung“ sind zwei Unrichtigkeiten unterlaufen. Zeile 15 muss es heißen:
„Unter Überredung . . .“ wurden ihnen vom Herrn Visitator
usw. und Zeile 28: legten nach dem Ritus des Esterziertenordens
die ewigen Gelübde ab. Zum Offertorium.“

* Polizeibericht. Als Mörder der am 30. November cr.
in Dresden-Pauen, Blücherstraße 29 vor ausgebrannten Kaufmanns-
witwe Ang. Emilie Danneberg verurteilt. Mittert war unter
anderen ein in Berlin aufwältlicher Sohn der ermordeten
Frau angezogen worden. Da in Berlin sofort angestellten
Nachsuchen hatten ergeben, dass der erwähnte Sohn als Täter nicht
in Betracht kommt. In der Nordangleichung sind am gestrigen
und heutigen Tage verschieden Sichtungen erfolgt, ohne dass bis
jetzt ein sicherer Erfolg zu verzeichnen war.

* Weinen. Den Töpfern in sämtlichen deutschen, dem
Fabrikantenverbande angegeschlossenen Ofenfabriken war, wie
schon mitgeteilt, für den 1. Dezember geständigt worden,
wenn sie nicht bis dahin aus der Organisation ausgetreten seien
oder der Welten-Fürstenwalder Streik beendet sei. Wie dem
„Tageblatt“ mitgeteilt wird, ist die erstgenannte Forderung
der Fabrikanten erfüllt worden, die heutigen Fabrik töpfer
finden nämlich aus der Organisation ausgetreten, und zwar,
wie es heißt, auf Geheiz der Zentralstelle ihrer Organisa-
tion. Eine Belegung der Angelegenheit ist noch nicht
sicher.

Johannegegenstadt. Rentner Unger schenkte 15.000 Pf.
für wohltätige Zwecke. Die Gelder sollen Beichtmessen an
alte oder arme Personen der Stadt verteilt werden.

Delitzsch i. B. Auf ungeahnte Weise kam hier ein
Knabe um ein Auge. Seine Mutter stieß eine Weste, zu-
fällig fiel aus einer der Taschen ein Gegenstand zu Boden.
Das Kind bearbeitete ihn nach kindlicher Weise mit einem
Hammer. Plötzlich explodiert der Gegenstand, es war eine
Dynamitpatrone, und vernichtete das eine Auge völlig; die
Rettung des anderen ist fraglich.

Plauen i. B. In Nr. 278 des „Vogtl. Anzeigers“
wird berichtet, „ein katholischer Kandidat der Theo-
logie, namens Joseph Hedwig“, sei wegen Expressum
einem heiligen Geistlichen gegenüber in das heilige Gerichts-
gefängnis eingeliefert worden; derjenige sei schon früher
wegen Betrugs in Plauen bestraft und erit Anfang November
aus dem Gefängnis entlassen worden. Der „Vogtl. Anz.“
weiss recht gut, dass Hedwig schon Jahre lang keine Theo-
logie mehr studiert hat. Trotzdem findet er es für ange-
zeigt, ihn einen „katholischen Kandidaten der Theologie“
zu nennen. Soll etwa den Lefern Glauben gemacht
werden, dass in der katholischen Kirche Betrüger noch
Kandidaten der Theologie sein können? Es wird wieder
ein Zeichen großer Gehässigkeit gegen die Katholiken, wie
sie seit den letzten zwei Jahren fast jede Nummer der
Zeitung zur Schau trägt.

Adorf i. B. Am Sonnabend, dem 28. November,
feierte der heilige katholische Geistlichkeitverein sein erstes
Stiftungsfest. Nach der Begrüßung durch Herrn Bau-
unternehmer J. Scharnagel sprach Herr Kaplan Mandel
über das verlassene erste Jahr der katholischen Kirchen-
gemeinde und forderte in belebenden Worten dazu auf, in
ferneren Zeiten treu zusammenzuhalten. Ein kleines Theater-
stück „Der Prozeß“ gelang in allen Teilen sehr gut. Ein
slotter Ball schlöss sich an. Der katholische Geistlichkeit-
verein scheint nach langem Bangen, Sögern und Jagen
und manchen unangenehmen Zufälligkeiten einer besseren Zeit
entgegenzugehen. Der letzte Familienabend am 8. Novbr.
war gut besucht und gegen 70 Personen hatten sich ein-
gefunden. Freilich bot auch Herr A. Knüppel, der neue
Organist und Chordirigent, manches schöne Gesangs- und
Klavierspiel. — Jetzt herrscht reges Leben unter den Katho-
likken in Adorf. Gleichzeitig kommen jung und alt mehrere
Male wöchentlich zusammen, um Choral und Figuralgesang
unter der Leitung des neuen Dirigenten zu üben, so dass
wohl die Hoffnung, am hohen Weihnachtsfeste eine Messe
von P. Piell (für gemischten Chor) zu hören, berechtigt ist.
Woge das liebe Christkind dazu helfen, aber auch die lieben
Wohltäter darauf aufmerksam machen, dass in der armen
Diakonie Adorf noch viel, noch sehr viel fehlt.
Eine Schule für 120 Kinder ist nötig; aber es sind noch
so viel Schulden vorhanden und die Katholiken sind in
der Mehrzahl bitter arm.

Bittau. In unserem Katholischen Casino fand
vergangenen Sonntag, 29. Nov., die Generalversammlung
statt. Aus den Berichten ergibt sich Folgendes: Mitglieder-
zahl 202. Bestand der Bibliothek 617 Bände. Ausge-
liehen 1082 Bücher an 103 Personen. Die Vereinsfasse
ergaben einen günstigen Überfluss. Aus der Wahl, unter
Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden, ging nachstehender
Gesamtvorstand hervor: Herr B. Pätzelt, Vorsitzender; Herr
Kaplan Scholze, stellv. Vorsitzender; Herr Lorenz,

Schriftführer; Herr Weidner, Kassierer; und 7 Beichter
die Herren Albert, Berger, Eger, Ernst, Hasché,
Müller, Würsel. Möge der Verein weiter wachsen und
blühen an Mitgliedern, die sich in- und außerhalb desselben
stets als charaktervolle, christliche Männer erweisen.

Teplitz. Die von der Firma Schifner in Prag neu-
erbauete Orgel in der heutigen Schulkapelle wurde letzten
Sonntag nachmittag zum erstenmale von dem berühmten
Orgelvirtuosen Paul Höneker, Gewandhausorganist und
Professor am Königl. Konseratorium zu Leipzig, gespielt.
Für welch seltenen Kunstgenuss sich großes Interesse fand.

Gerichts-jaal.

II. Schwurgericht. Der Fleischer Friedrich Karl Krieg-
mann führte zu Weinböhla einen auf den Namen seiner Ehefrau
angemeldeten Viehhändler. Anlässlich eines Ruhlaufes kam es zu
einer Auseinandersetzung beim Großenholmer Amtsgericht, wo er der Anklage
folgte, bei dem Termin am 7. Juli L. I. D. willentlich einen falschen
Zengenied geleistet haben soll. Der Angeklagte wurde nach durch-
geföhrtem Beweisverfahren, bei welchem 25 Zeugen vernommen
wurden, und der Verneinung der Schuldfrage durch die Geschworenen
festlos freigesprochen.

Telegramme.

(Wolfs Telegraphenbureau.)

Horboltzheim (Baden), 2. Dez. Heute früh 7 Uhr
entgleiste der von Ringsheim kommende Personenzug bei
einer Kiesgrube. Die Maschine und einige Wagen sind
umgekippt. Der Lokomotivführer wurde schwer verwundet.
Paris, 1. Dezember. Ein Arbeiter, der sich Baumann
nennt und ungefähr 50 Jahre alt ist, stellte sich heute der
Polizei und gab an, dass er vor 6 Wochen den Geistlichen
Level durch Revolverkugeln getötet habe; er habe seine Tat
begangen, um sich an der Gesellschaft zu rächen, den Geist-
lichen Level habe er früher nicht gekannt.

Budapest, 1. Dezember. In der Konferenz der
Kossuthpartei stimmten 27 Mitglieder für den Antrag
Kossuths auf Einstellung der Obstruktion und 27 dagegen.
Kossuth selbst enthielt sich der Abstimmung; er legte seine
Stelle als Vorsitzender der Partei nieder.

Petersburg, 2. Dezember. Dem „Russ. Juvaliden“
zufolge kam es in der Wandschure wiederum zu Zusammen-
stößen zwischen russischen Truppen und den Chinguen.
Infolge einer Meldung über die Zusammenrottung be-
deutender Chinguenbanden und von ihnen im Tale des
Qiaofusses verübten Räubereien wurde am 5. November
eine zwei Kompanien und sieben Schwadronen mit
vier Geschützen bestehende Expedition gegen sie ausgesandt.
Diese stieß auf mehrere Hundert Chinguen, denen es
gelang, aus dem zwischen den Flüssen Liao und Taitschi
gelegenen Raum, wo die russischen Truppen sie eingeschlossenen
beobachtigten, zu entkommen. In der Nacht vom 11.
Schlugen die Kosaken die Chinguen an der mongolischen
Grenze und verfolgten sie. Die Chinguen hatten große
Verluste und wurden vollständig zerstört. Auf russischer
Seite wurden vier Tote gezählt.

Petersburg, 2. Dezember. Die Feindseligkeit der
Koreaner gegen die Japaner nimmt in schroffster Weise zu,
da die japanische Regierung fortjährt, in den südlichen
Provinzen Korea Japaner anzustellen und Truppen nach
den vornehmen Dörfern zu bringen. Einem Gerichts folge
steht die Überführung von 8 Infanterie-Regimentern, einer
Artilleriebrigade und einem Kavallerieregiment aus Kub-
land nach der Halbinsel Manchuria bevor. Die dortigen
Festigungsarbeiten werden energisch betrieben. Die
Chinesen in der Wandschure zeigen gegen die Russen eine
sehr feindselige Haltung. Es wird gemeldet, dass russischen
Offizieren und Soldaten von Chinesen ins Gesicht geschlagen,
den Truppen der Weg gesperrt und ihren Pferden Spreng-
geschosse unter die Füße geworfen wurden.

Porzellan-

Tafel-, Kaffe-, Teegeschirre, Fische- u. Wildgeschirre. 1780
Königlich. Carl Anhäuser, DRESDEN,
Hofliefer.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

I. Residenztheater. Heute Donnerstag wird „Der Hoch-
tourist“ gegeben. Am Freitag geht, wie bereits mitgeteilt, die
neue Operette „Der Kellermann“ von Zeller mit vollständig neuer
Ausstattung in Szene. Sonntag nachmittag wird die Operette
„Die Fledermaus“ gegeben.

II. Literarischer Verein. In der am Dienstag stattge-
hatten Sitzung wurde Prof. Dr. Scholz zum ersten, Herr Schrift-
steller Eugen von Tempel zum zweiten Vorsitzenden, Herr Gym-
nasial-Oberlehrer Dr. Köpcke zum Schriftführer gewählt.

Bücherisch.

Im Verlag der Alphonse-Buchhandlung (s. Lüttendorff) in
Münster i. W. ist erschienen: „Himmelsmaß und Erdbeben-
heit“. Sanct Petri irdisches Reich. Frühschrift zur Chronbesteigung Seiner
Heiligkeit Papst Pius X. Von Dr. Joseph Höller C. SS. R. Profes-
sor an der theologischen Hochschule zu Münster. II. Teil:
Notwendigkeit des Kirchenstaates. Jetzt, wo aller

Willke Gaben.

Bei der Redaktion eingegangen: Für die Herz Jesu-Kirche in Dresden-Johannstadt: 2 M. von Georg Hörzeder, Grümma. — Für den Kirchenbau in Werdaus: 1 M. von Willke L., Dresden. — Durch Herrn Kaplan Heim: 3 M. von Herrn Lehrer H. J. für die Kirche in Dresden-Johannstadt, 12,50 M. für Bausteine für das Vinzenzius-Werk in Dresden-Johannstadt. — Vergelt's Gott!

Für den Kirchenbau in Niesa sind beim Kassierer des Komitees eingegangen: Ergebnis der Sammlung in Olching am 8. Nov. 1908 15 M. in Weizen am 8. November 1908 52,82 M. in Niesa am

15. November 1908 10,40 M. in Elsterwerda am 15. Novbr. 1908 6,80 M. Herr Paul Schuster-Wendischdahlin 3 M. Herr H. Melander-Nieberg 1,50 M. Herr Theodor Lucas-Köhn 3 M. St. Elisabeth-Verein Erfurt 35 M. Rath. Volkverein-Heinersdorf 7 M. J. L. Schirgiswalde 6 M. Herr Kaplan Lindner-Leipzig 10,50 M. Unbenannt-Nieba 60 M. — Mit herzlichem "Vergelt's Gott" um weitere Gaben bittend

A. B. Wagner, Kassierer.

Briefkasten.

R. D. L. Nach Einsendung von 45 Pf. erhalten Sie die Broschüre von hier aus. Einfaßer ist Bestellung beim Buchhändler.

Spieldaten der Theater in Dresden.

Königl. Opernhaus.

Donnerstag: Diagono Hochzeit. Anfang 7 Uhr.

Freitag: III. Sinfonie-Konzert Serie A. Anfang 7 Uhr.

Königl. Schauspielhaus.

Donnerstag: Don Carlos. Anfang 1/2 Uhr.

Freitag: Anna von Barmheim. Anfang 1/2 Uhr.

Theater in Leipzig.

Donnerstag: Neues Theater: Othello. — Altes Theater:

Gloriosa. — Schauspielhaus: Auferstehung.

GRATIS!!

1929

erhält Jeder eine photographische Vergrößerung von sich bei Bestellung von 12 Kabinett.

Johann Bubenik, Dresden,

1. Geschäft:

Haupt-Strasse 12, part. und II. Etage.

Fernsprecher II, 176.

2. Geschäft:

Kamenzer Str. 42 b, Ecke Bischofsweg.

Fernsprecher II, 25.

Ostritz i. S.

Gasthaus zum weissen Ross (kathol. Vereinshaus)

Schlusses Lokal am Platz. — Elegante Gesellschaftssaal. Elektrische Beleuchtung. — Französ. Billard. — Elektrisches Piano. Bestegeleitete Biere und Weine. — Vorzügliche Küche. Vereinste und Touristen aufs besta empfohlen.

Josef Junge, Wirt.

1914

Butter-Handlung Franz Rückert

empfiehlt sich bei Bedarf. 2 Schreibergasse 2, 4. Laden vom Altmarkt.

1918

Anfertigung eleganter Schuhwaren	Herren- u. Damen-Schuhmacher	Anfertigung von 1891 Schuhwaren für Fußleidende unter Garantie guten Passens.
vom einfachsten bis zum feinsten Genre.	*	Dresden Süttichausr. 19.

Schlosserei mit Kraftbetrieb

Alois Mann

1905

Dresden-A., Gr. Plauensche Str. 33, Fernspr. I, 4587. Schlosserei für Bau- und Kunstarbeiten.

Gasleitungen und Haustelegraphen, Eisenkonstruktionen aller Art. Gitter und Geländer in einfacher bis reichster Ausführung. Wetterfahnen, Altbahnhöfe etc. Reparaturen werden prompte bejagt.

Georg Frese, 27 Görlitzer Str. 27 empfiehlt seine

1750 Brot- und Weißbäckerei

den geruchten Herrichten zur gell. Beauftragung.

Frühstück frei ins Haus. — Stollensteuer.

X Holz u. Koblen zu billigsten Preisen X Hermann Tischendorf, Dresden 1921 Reinhardstrasse 6. — Telephone 1902. — Grubelstrasse 40.

Kath. Beerdigungs-Anstalt Eduard Schmitt

verpflichteter Leichenhauer vom Rat der Stadt Leipzig

Leipzig - Eutritzs, Querstrasse 3 (tel. 8848).

1899 Grosses Sargmagazin. Überführungen Verstorbener nach dem In- und Auslande.

Auf Wunsch erfolgt sofortiger Besuch.

Hochzeits-, Taufe-, Bütten- und Gesellschaftswagen.

Geschäft für Luxusfahrzeuge.

1701 Max Domschke

Bau- und Wirtschafts-Klemptnerei

Bautzen i. S.

empfiehlt sein großes Lager zur günstigen Beauftragung.

Dresdner Christ-Stollen

Cylinderhüte Kapphüte Filzhüte Lodenhüte Mützen

Filzwaren aller Art Schuhe, Pantoffel etc. empfiehlt 1848

P. Ulrich, Bautzen Schul-Strasse II (am Theater).

Otto, Leipzig

Bayersche Str. 28, empfiehlt preiswerte Kleiderstoffe aller Art.

Aussort. auf Wunsch nach Auswahl.

1190 Club House vorzügliche Qualität à Stück 10 Pf.

Cigarren en gros

Spezialmarken:

No. 51 kostet je M 3.—	
" 90 "	M 3.50
" 180 "	M 3.80
" 260 "	M 4.30
" 240 "	M 4.50
" 275 "	M 5.—
" 352 "	M 6.—
" 358 "	M 7.—
" 392 "	M 8.—
" 484 "	M 9.—
bis M 30.— pro 100.	
10 Stk. j. Probe nach Wahl zu den en gros Preisen.	

Peter Schmid

Firma Oskar Sohr Nachf. Dresden-A.

181. Viktoriastr. 18.

Fernsprecher A. I. 3885.	
Kranzspende.	
Blumen-Patyna.	
Grösste Blumenbinderei Dresden. Friedrichs-Allee.	

Bitte

edle Wohltäter um eine Weihnachtsgabe für arme Diakonialkinder von Radiberg, Moritzdorf und Bischöfswerda. 2000

Franz Bischöfner, Pfarrer in Radiberg.

Feinste 6 Pfennig-Cigarre 100 Stück M. 5,50.

wir ersuchen, die angekündigten Firmen bei Einkäufen zu berücksichtigen und sie dabei auf dieses Blatt zu beziehen.

Druk: Saxonie-Druckerei, Druck des Katholischen Presbiteriums, Dresden, Villigerstr. 48. — Verantwortlicher Redakteur: Philipp Rauer in Dresden.